

# Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtdruckerei  
Kriegelberg  
Bismarckstr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestellbarerweise bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1580.  
Stroßasse:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 268.

Dienstag, 11. November 1930, abends.

88. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 50 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife, „Explosiv an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Distributions- oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Retardationsdruck und Verzug: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gieselerstraße 59. Verantwortlich für Redaktionen: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Preise und Löhne.

Seite kann man feststellen, daß der Schiedspruch im Metallarbeiterkonflikt große Ueberraschung hervorgerufen hat. Er findet keinen ungeteilten Beifall, und wenn die vorherige Bindung, die Arbeiter und Arbeitnehmer zu dem Schiedsgericht einmündig, auch einen weiteren Lohnkampf ausschließt, so ist man sich darüber klar, daß er eine Radikalisierung der Arbeiterkraft zur Folge haben muß. Aus diesem Grunde werden die Sozialdemokraten fortan nicht unheimlich mit der Regierung rechnen können, weil sie an die Interessen der breiten Masse zu denken haben. Der Schiedspruch liegt aber auf der Linie der Regierungspolitik. Und das besonders muß die Sozialdemokraten von der Regierung trennen und zu einer Diskantierung zwingen, wie sie im „Vormärts“ auch bereits angedeutet wurde. Die einseitige Willkür, den Schiedspruch schwächen zu machen, ist nach allgemeiner Auffassung nur eine Preisreduzierung in einem Ausmaß, das über den Lohnabbau hinausgeht. Das aber dieser Preisabbau durchzuführen werden kann, erscheint nun wieder allen Stellen, die ihn wünschen, unmöglich. Die ersten Absichten der Regierung werden anerkannt, aber gleichzeitig wird ihre Unfähigkeit, mit Nachmitteln einzugreifen, beklagt. In diesen Tagen liegen wieder zahlreiche Vorschläge vor, was geändert werden sollte. Es sind aber Vorschläge auf weite Sicht und man kann sich von ihrem Erfolg wenig versprechen. Zunächst wird verhandelt, ohne daß diese Verhandlungen einen Schritt weiter gekommen sind. Entschlüsselt sich die Regierung dazu, den Preiswandel auszuhalten und den direkten Bezug der Konsumenten über Verbände und große Industrieunternehmen direkt von der Landwirtschaft zu fördern, so bleibt doch nur eine einseitige Verbilligung, die beschränkten Kreisen, nicht aber der Allgemeinheit zu gute kommen. Aber eine Preisreduzierung für alle Preise und Löhne ist die Forderung der Zeit. Die Währung in der breiten Masse muß aus diesen Gründen weiter um sich greifen und ihren Einfluß auf die Parteipolitik erschwerend für die Regierung und für das Regierungsprogramm ausüben. Leider bleibt es eine Tatsache, daß es keine Möglichkeit für die Parteien gibt, durch Anträge und Forderungen die Preisabbaufaktion zu unterstützen. Deshalb wird sich die Opposition gegen die Regierung als alleinige Konsequenz ergeben. Selbst wenn gegen die Partielle stärkere Maßnahmen gefunden werden, kann das nicht zur allgemeinen Preisreduzierung führen, denn es hat sich herausgestellt, daß gerade die Lebensmittel wenig von den Rateellen beeinflusst werden, und hier ein Kleinriegel gegen Organisationen und Einzelpersonen erforderlich ist, den auszuführen nicht möglich sein wird, wenn nicht eine neue Währungsreform durchgeführt wird. Sozial scheint festzuhalten, daß auch die Lohnkürzung der Metallarbeiter bezuglich wenig auf den Preismarkt einwirken wird und daß der Weg zu weiteren Lohnreduzierungen nicht gefahrlos beschritten werden kann. Man muß zunächst die Wirkungen des ersten einschneidenden Schiedspruches abwarten, und wird aus diesen Wirkungen die Folgerungen zu ziehen haben. Mit der Betonung, die Preisreduzierung laufe und werde Erfolg haben, verhalten sich die maßgebenden Stellen die Stimmung und Hoffnung zu erhalten. Sie wissen, heute ist die Preisreduzierung die wichtigste Forderung, und sollte sich schließlich doch ergeben, daß alle Bemühungen vergeblich waren, so muß die Reaktion folgen, der heute schon ängstlich entgegen gesehen wird. Man kann die Lage nicht schwarz genug malen. Sie ist sehr ernst und bedrohlich, ist's wenn in allen Erörterungen die Preisabbaufaktion den ersten Platz einnimmt.

## Sofort-Programm des Reichslandbundes.

Das Die Präsidenten des Reichslandbundes haben sich beim Reichskanzler Dr. Brüning zu einem Besuch angemeldet, bei dem sie ihm das in der letzten Bundesversammlung einstimmig beschlossene Sofort-Programm des Reichslandbundes überreichten wollen. Dieses Programm sieht zunächst eine weitgehende Steuer- und kreditpolitische Entlastung der Landwirtschaft vor. Es wird gefordert: Die laufenden Steuern von Reich und Ländern sind auszunutzen ein Notjahr in vollem Umfange zu erlassen. Den Ländern ist vom Reich Ertrag zu leisten. Rückständige Steuern sind als Naturalien zu entrichten, wobei Rückstände, die den Erzeugungskosten entsprechen, z. B. 200 Mark je Tonne Roggen und 260 Mark je Tonne Weizen zugrunde zu legen sind. Die Naturalien sind zur Abdeckung sozialpolitischer Leistungen zu verwenden. Die Soziallasten der Landgemeinden sowie Wegebau, Reichunterhaltung und Schullasten sind von Reich und Staat zu übernehmen. Die öffentlichen Kredite der Landwirtschaft sind unter Zinsentzug zu prolongieren, die früheren Notstandskredite niederzuschlagen. Ferner wird verlangt sofortiger Aus- und Umbau der Osthilfenotverordnung und besondere Hilfsmaßnahmen für durch Grenzschließung und Besetzung geschädigte Gebiete, Abkehr von der bisherigen Außen-, Innen-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik und durchgreifende Senkung der Verwaltungskosten. Ueber allem steht aber die zwingende Notwendigkeit, die Reparationslasten zu beseitigen. Zur Erzielung ausreichender Preise wird im einzelnen gefordert: Generalabermittlung von 20 Proz.

## Vor Senkung der Lebensmittelpreise.

### Erfolgreiche Verhandlungen mit den Vertretern der Bäcker und Fleischer.

(Berlin. Die wir erfahren, haben die Verhandlungen des Reichs Ernährungsministeriums mit den Vertretern der Bäcker- und des Fleischerhandels bei ihrer gestrigen Fortsetzung zu einem Erfolge geführt. Danach ist vereinbart worden, daß der Brotpreis pro Brot um 4 Pf. gesenkt wird, so daß z. B. in Berlin das Brot in Zukunft nicht mehr 60, sondern 48 Pf. kosten wird. Dazu kommt noch, daß das Gewicht des Brotes von jetzt ab 1250 Gramm betragen muß, während es nach den Angaben bisher nur 1200 Gramm war. Die Preisreduzierung macht also etwa 9 Prozent aus. — Die Vereinbarung mit den Vertretern des Fleischerhandels sieht eine Preisreduzierung von 5 Pf. pro Pfund vor, und zwar zunächst für Schweinefleisch. Ob die anderen Fleischarten noch hinzukommen, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Von Bedeutung ist noch, daß die Vertreter der beiden Gewerbe sich verpflichtet haben, auch zu einem späteren Zeitpunkt keine Preiserhöhungen vorzunehmen, ohne daß die Notwendigkeit mit dem Reichs Ernährungsministerium besprochen worden ist. Auf diese Weise soll eine Sicherung dagegen geschaffen werden, daß die Kleinverkaufspreise nach kurzer Zeit wieder heraufgesetzt werden können.

## Der Anfang zur Verbilligung der Lebensmittel.

(Berlin. In politischen und wirtschaftlichen Kreisen wird die vom Reichs Ernährungsminister gestern erlassene Senkung der Preise für Brot, Fleisch und Milch als ein erfreulicher Anfangserfolg bezeichnet, der auf den anderen Gebieten der Ernährung noch vervollständigt werden soll. Es wird ausdrücklich betont, daß Berlin nur den Ausgangspunkt bildet und daß die Senkung sich auf das ganze Reich erstrecken soll. Die jetzt vorgesehene Preisreduzierung macht pro Jahr, auf das ganze Reichgebiet berechnet, für den Konsum beim Brot 90 bis 100 Millionen, beim Fleisch etwa 100 Millionen Mark aus. Zunächst gilt die Preisreduzierung nur für Schweinefleisch, das etwa mit zwei Drittel an dem gesamten Fleischkonsum beteiligt ist. Es ist aber damit zu rechnen, daß auch für Rindfleisch und die übrigen Fleischarten eine Verbilligung folgen wird. Beim Brot ist Vorsorge dafür getroffen worden, daß keine Unbilligkeitsveränderung eintritt. Die Aktion zur Verbilligung der Kartoffeln soll so beschleunigt werden, daß sie sich noch auf die Einbeziehung des Winterbedarfes mit auswirkt. Man kann wohl annehmen, daß auch mit dem Kolonialwarenhandel parallele Verhandlungen über die Verminderung der Preisspanne weitergeführt werden.

Darüber hinaus hat der Reichs Ernährungsminister aber auch die Absicht, den Zwischenhandel in seine Aktion mit einzubeziehen. Entsprechende Schritte dürften bereits eingeleitet sein.

(Berlin. Bei den Besprechungen mit den Vertretern des Fleischerhandels wurde festgestellt, daß die Schweinefleischpreise im Monat Oktober gegenüber dem September 18 Pf. beträchtlich zurückgegangen sind und daß die derzeitigen Preise für Schweinefleisch den Schweinefleischmarktpreisen gefolgt sind. Im Hinblick auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse hat der Deutsche Fleischerverband folgenden Entschluß gefaßt:

„Der Fleischerhandelsverband erkennt an, daß in Anbetracht der wirtschaftlichen Notlage ein allgemeiner Preisabbau, auch für Lebensmittel, durchgeführt werden muß. An die Verbandmitglieder wird deshalb die Aufforderung ge-

richtet, auf der Grundlage der Einkaufspreise unter Berücksichtigung der Steuern, Gebühren und sonstigen Kosten, die das Fleischerhandelsgewerbe zu tragen hat, scharf zu kalkulieren und die Spanne für Schweinefleisch um 5 Pf. je Pfund zu senken.

Das Fleischerhandelsgewerbe gibt eine Vorleistung, die nur eine begrenzte sein kann und nur aufrecht erhalten wird, wenn die von der Reichsregierung auf der ganzen Linie an den Abbaumaßnahmen sich schnellstens auswirken werden und wenn die Länder und insbesondere auch die Gemeinden auf keinen Fall die hohen Abgaben und Kosten beibehalten, sondern im Gegenteil ebenfalls erheblich herabsetzen.“

Die Reichsregierung begrüßt diesen Beschluß des Deutschen Fleischerverbandes, der dem Ernst der jetzigen Lage Rechnung trägt. Sie erwartet, daß nicht nur die Fleischer dieser Aufforderung Folge leisten, sondern daß auch die übrigen an der Fleischversorgung beteiligten Gruppen, darunter die Konsumvereine, sich dem Vorhaben des Deutschen Fleischerverbandes anschließen.

Der Bezirksverein Berlin im Deutschen Fleischerverband erklärt hierzu, daß er vom Dienstag, den 11. November, dem Beschluß seines Reichsverbandes entsprechend den Preis für Schweinefleisch um 5 Pf. je Pfund herabsetzt.

(Berlin. Die Reichsregierung erkennt die Opferwilligkeit des Bäckerhandels und der Brotsfabrikanten, die darin zum Ausdruck kommt, daß die Preisspanne für das Normalbrot bei gleichzeitiger Erhöhung des Gewichtes gesenkt wird, voll und ganz an. Sie erwartet, daß nicht nur die einzelnen Bäcker und Brotsfabrikanten den Vereinbarungen ihrer Vertreter mit dem Reichs Ernährungsministerium voll und ganz zustimmen, sondern daß auch die übrigen an der Brotversorgung beteiligten Gruppen sich der allgemeinen Preisreduzierung in einer Weise anschließen, daß sie für den einzelnen Verbraucher sichtbar wird.

Die „Germania“, Zentralverband Deutscher Bäckereien, stellt fest, daß gegenwärtig noch keine Voraussetzungen für eine Senkung des Brotpreises gegeben sind, da die Lohnunföhen, soziale Lasten, Steuern, Wertstoffe und andere Unkosten sogar erhöht worden sind, so sind die Mehlpreise in den letzten Wochen um 8 RM. je Doppelzentner und mehr gestiegen, was eine Verteuerung des Brotpreises um mehr als 2 Pfennig je Kilogramm ausmacht.

Das Bäckereihandwerk erklärt sich aber, dem Ernst der wirtschaftlichen Lage Rechnung tragend, bereit, Vorleistungen zu machen, d. h. mit der Preisreduzierung voranzugehen unter der Voraussetzung, daß sich die Reichsregierung nachdrücklich dafür einsetzt, daß die die Brotpreisreduzierung belastenden Unkosten, Löhne, Steuern, soziale Lasten, Wertstoffe usw. gesenkt werden. Insbesondere legt das Bäckereihandwerk als selbstverständlich voraus, daß die Reichsregierung sich mit allem Nachdruck gegen jede Preiserhöhung insbesondere auf dem Mehlmarkt wendet.

Unter diesen Voraussetzungen erklären sich die im Zweifelsfall der Bäckereimeister Groß-Berlins zusammengefaßten Bäckereimeister bereit, bis auf weiteres den Brotpreis ab Donnerstag, den 18. Nov. 1930, für das 2 1/2 Pfund Roggenbrot von 0,50 auf 0,48 RM. zu senken.

Aus dieser Preisreduzierung in Groß-Berlin darf aber nicht die Folgerung gezogen werden, als ob allgemein im Reich die Brotpreise gesenkt werden können. Es wird auf die Besprechungen zwischen dem Reichs Ernährungsministerium und dem Germania-Verband hingewiesen, die notwendigen Unterschiede in der Preisgestaltung zu klären und die durch die Entwicklung jeweils notwendigen Preisveränderungen festzustellen.

des Vollstreckungsschubes sowohl hinsichtlich der Antragsfrist wie auch der Dauer.

## MacDonald zur Friedensfrage

London, 11. November.

Auf dem in der Guildhall stattgefundenen alljährlichen Bankett des Bürgermeisters von London kam Premierminister MacDonald im Verlauf seiner Rede auch auf die Schiedsgerichts- und Abrüstungspolitik der Regierung zu sprechen und sagte: „Das Beispiel muß von anderen Nationen befolgt werden. Es werden Worte gebraucht, die in uns Zweifel erwecken, ob die Welt aus den tragischen Erfahrungen von 1914 bis 1918 viel gelernt hat. Großbritannien ist durchaus bereit, die Führung zu übernehmen, aber es richtet seine Aufmerksamkeit nicht nur nach vorne, sondern auch nach rückwärts und es will wissen, ob die anderen Nationen ihm folgen, denn Großbritannien kann nicht zulassen, daß es bei seinen Schritten zur Sicherung des Friedens isoliert vorgeht. Ich begrüße in diesem Zusammenhang mit hoffnungsvollen Erwartungen die Besprechungen über die Seearüstung, die zwischen Frankreich und Italien wieder aufgenommen worden sind.“